Extrait du Journal:

Emmentaler Nachrichten
3. Okt. 1950

1681 15470

Zur Kirchendebatte im Großen Rat

Das im Großen Rat angeschlagene Thema ist so weitschichtig, daß wir noch einmal darauf zurückkommen müssen. Ueberdies sind inzwischen Tatsachen bekannt geworden, welche Richtigstellungen nötig machen.

1. Es ist festzustellen, daß Großrat Studer nach dem jetzt genau festgelegten Wortlaut seines Votums von der eisernen Hand gesprochen hat, die der Staat über der Kirche halten müsse. Wenn Großrat Studer immerhin nicht, wie unsere erste Information lautete, seine Hand über der Kirche zur Faust geballt hat, so haben wir am authentischen Wortlaut seiner Äußerung gerade genug. Und wenn er diesen Wortlaut nach der redaktionellen Mitteilung in Nr. 112 der „Emmentaler Nachrichten“ hinterdrein abschwächen will, so zeigt das nur, wie unverantwortlich im Großen Rat über so Ernstes wie die Kirche Jesu Christi dahergeredet wird. Wir stellen nachdrücklich fest, daß nach dem geltenden Kirchengesetz die reformierte Kirche in ihrer Wortverkündigung und in ihrer Lehre vom Staate unabhängig ist.

Das bedeutet nun gewiß nicht, daß die Kirche ihr öffentliches Wort nicht ruhig der öffentlichen Kritik unterstellt. Wenn ihre Pfarrer deutlich sagen, was sie auf Grund der Heiligen Schrift auszusprechen sich für verpflichtet halten, so müssen sie natürlich in Kauf nehmen, daß das nicht jedermann paßt. Es ist geradezu das Kennzeichen der echten biblischen Predigt, daß sie Anstoß erweckt. „Wehe euch, wenn euch jedermann wohl redet!“ (Luk. 6, 26.) Die Redaktion der „Emmentaler Nachrichten“ hat mit Recht geschrieben, die Pfarrer könnten das füglich ohne Zimperlichkeit ertragen. Das tun sie auch — und dem Kirchenbesuch im Münster haben die Debatten im Großen Rat auch keineswegs geschadet.

Was uns aber mit Besorgnis erfüllt, ist der Eindruck, es gehe nicht so sehr um Kritik, als vielmehr um massive Druckversuche zur Mundtotmachung des evangelischen Wortes. Anders kann man sich den Ausdruck von der „eisernen Hand“ nicht erklären. Mit der „eisernen Hand“ pflegt man weder zu diskutieren noch zu kritisieren, wohl aber zu unterdrücken und zu vergewaltigen. Eine solche Sprache gehört sich einfach nicht in der Demokratie.

Der Liberalismus ist etwas Schönes; er muß in der heutigen Welt wieder mächtig zur Geltung kommen, das ist auch unsere Meinung. Aber echter Liberalismus hat immer seine Ehre darin gesucht, die freie Meinungsäußerung des Gegners gelten zu lassen. Und diesen Liberalismus suchten wir in jener Großratsdebatte vergeblich. Wir würden nichts sagen, wenn es in der Tat in der bernischen Pfarrerschaft tabuartige Verfechter des volksdemokratischen Systems gäbe. Es gibt keinen einzigen! Und wenn es tatsächlich dazu kommen sollte, daß die Russen ihre Pferde am Bodensee tränken, so möchten wir erst noch sehen, wer dann zur Vorsicht und zur Zurückhaltung raten würde, wer dann nach der Zensur rief und Anschluß suchte! Wir haben die Erfahrungen aus der Hitlerzeit noch nicht vergessen. Der heutige Kirchendirektor hat als Redaktor in jener Zeit zusammen mit Professor Barth eine vorbildliche Haltung des unbedingten Widerstandes gezeigt — es könnte sein, daß er eines Tages über die Kirche noch froh sein wird. Weil wir durch das Wort der Bibel verpflichtet sind, können wir unsere Ansichten nicht von heute auf morgen umstellen und anpassen.

2. Besorgnis erweckt die großrätlige Debatte auch darin, weil sie den Eindruck aufkommen ließ, als ob der Staat die eine der theologischen Richtungen — die freisinnige nämlich — auf Kosten der an der Bibel orientierten Richtung bevorzuge. Den Dank der freisinnigen Richtung haben jedenfalls die großrätligen Redner prompt bekommen; man vergleiche den Bericht über die Tagung des „Vereins für freies Christentum“ („Bund“ Nr. 459 vom 2. Oktober 1950).

Der Versuch, eine Staatstheologie zu schaffen und dadurch die freie Predigt des Evangeliums zu beseitigen, ist bereits mehrmals unternommen worden. So wollte Hitler mit Hilfe der (theologisch zumest freisinnigen) „Deutschen Christen“ die evangelische Kirche seinem Regime gleichschalten. Ähnliche Versuche wurden in den Zwanzigerjahren in Rußland mit einer regimetreuen „Roten Kirche“ angestellt. Wir behaupten nun gewiß nicht, daß es bei uns gleich auf derartige Zerstörung der Kirche abgesehen sei. Aber es läßt sich nach der fatalen Großratsitzung doch nicht mehr bestreiten, daß vor den staatlichen Organen die eine Richtung sehr gut, die andere sehr schlecht wegkommt, und es erweckt ganz einfach Heiterkeit, wenn ausgerechnet diejenige Richtung des Monopolstrebens, ja der Diktatur beschuldigt wird, die überall den Kürzern zieht und die staatliche Ungnade immer wieder zu spüren bekommt. Wir erinnern uns bloß an die Diskussionen um das Seminar Muristalben.

schreibt mir aber Prof. Barth, er habe ihn nie geäußert und lasse sich dafür nicht haftbar machen. Von dieser Richtigstellung muß Kenntnis genommen werden — tatsächlich besteht ja die ganze Schuld Prof. Barths darin, daß er die Kirche so wohl gegenüber dem Westen wie gegenüber dem Osten zur Distanz aufruft. Es ist ja ohnehin schon jedermann gegen den Osten — was braucht es da noch eine besondere Kreuzzugspredigt? Es läßt sich im ganzen Vortrag Barths über die Kirche zwischen Ost und West nichts, aber auch gar nichts Klassenfreundliches herauslesen, als allenfalls die kurze Stelle, wo er sagt, daß Stalin ein ganz anderes persönliches Format habe als Hitler und seine Spießgesellen. Hier die kleine, dort die große Schurkerei — ist das nicht wahr?

Es ist etwas tief Bedauerliches, daß ein Mann wie Karl Barth jahrzehntlang um die tiefsten Dinge des Glaubens ringt und mit ganzem persönlichen Einsatz für die christliche Kirche kämpft, daß er mit unerhörter gedanklicher Kraft die Grundlagen des christlichen Glaubens aus tiefer Verschüttung wieder freilegt, und daß dann der ganze Dank seiner Heimat darin besteht, daß man ihn jahraus jahrein in unserer Presse herabwürdigt und verständnislos angreift, um ihn schließlich im bernischen Großen Rat als Menschen hinzustellen, der gar noch mit der Volksdemokratie sympathisiere? Derselbe Karl Barth hat eine sehr tiefgründige Schrift über die Christengemeinde und die Bürgergemeinde geschrieben, worin er die innere Verwandtschaft der evangelischen Botschaft mit der demokratischen Staatsform auf Grund der Bibel nachweist! Heute sollen alle seine Verdienste um Land und Kirche nichts gelten — „macht nichts, der Jude wird verbrannt!“ Es ist ein menschlich tief bemühendes Schauspiel.

Ja. Diese zweite Erwiderung des H. W. geht über die eigentliche Diskussion der „Emmentaler Nachrichten“ hinaus, die sich mit der umstrittenen Predigt von Pfarrer Lüthi befaßte und in der von redaktioneller Seite der Standpunkt vertreten wurde, daß die Öffentlichkeit und die Behörden ein Recht besitzen, zu politischen Äußerungen von Pfarrherren Stellung zu nehmen. H. W. äußert sich nun in seinem neuesten Beitrag zur Kirchendebatte im Großen Rat überhaupt und brandmarkt, daß der Staat die Kirche unter massiven Druck setzen und das evangelische Wort mundtot machen wolle. Unserer Ansicht nach verkennt H. W. entschieden den Sinn der großrätligen Debatte, die lediglich Ueberbordungen rügte und gewisse unerfreuliche richtungspolitische Erscheinungen kritisierte. Daß dem so ist, geht deutlich aus dem Votum des Kirchendirektors Dr. Feldmann, welches er im Großen Rat gehalten hat, hervor. Er bemerkte unter anderem zur Kritik von Pfarrer Lüthi an der Vorratshaltung wörtlich folgendes:

„Man wird mit der Zeit nicht darum herumkommen, auf derartige Äußerungen in aller Öffentlichkeit zu reagieren. Schließlich gilt das bekannte Wort, Demokratie sei Diskussion, ja nicht nur für unsere Geistlichen, wenn sie auf der Kanzel ihre Auffassungen bekanntgeben, sondern auch für diejenigen, die nicht mit allem einverstanden sind, was gelegentlich von einer Kanzel namentlich in politischen Fragen verkündet wird. Für heute möchte ich vom Regierungstisch aus nur feststellen, daß Äußerungen, wie ich sie hier als Beispiel — es ist nicht das einzige — zitiert habe, nicht geeignet sein können, die Stellung unserer Landeskirche zu unserem Volke zu festigen. Sie können aber auch die Aufgabe nicht erleichtern, die Beziehungen zwischen Kirche und Staat möglichst positiv zu gestalten. Jedenfalls ist diese Art der Behandlung staatlicher Fragen sicher nicht gerade das, was man in der heutigen Zeit von einem Wortführer der Landeskirche im Berner Münster erwarten darf.“

Auf der andern Seite ist die Behauptung wohl ebenfalls nicht zutreffend, die Regierung bevorzuge eine theologische Richtung auf Kosten einer andern. Dr. Feldmann führte nämlich im Zusammenhang mit dem Richtungsstreit innerhalb der evangelischen Kirche wörtlich aus:

„Man hat die dialektische Theologie umschrieben als sogenannte Offenbarungstheologie, die weitgehend auf einer autoritativen Auslegung des biblischen Wortes aufgebaut ist. Demgegenüber steht die liberale Theologie, die auch der Bibel gegenüber das Recht auf freie Kritik, Untersuchung und Meinung haben will.“

Das sind die beiden heute prinzipiell wichtigen Gegenätze, und man spürt gut, daß sich in diesen Gegenätzen eben auch politische Auswirkungen abzeichnen. Man kann die theologischen Richtungs- und Meinungsverschiedenheiten vom Staat aus auf sich

ihren Willen aufzuzwingen, autoritär das Monopol, das alleinige Recht für sich in Anspruch zu nehmen, zu erklären: Das ist reformierte Theologie, das ist Christentum, das ist Religion; dieser gehört in die Kirche, jener gehört nicht zu ihr. In dem Moment, da eine Richtung diesen Anspruch, einen Macht- und Herrschaftsanspruch, erhebt, gerät sie in Widerspruch zum bernischen Kirchenrecht, und zwar zu Art. 60 des Kirchengesetzes, der folgendermaßen lautet: „Die evangelisch-reformierte Landeskirche bekennt sich nach ihrer kirchlichen Ordnung zum Evangelium Jesu Christi gemäß den Grundsätzen der Reformation. Sie ist ein Glied der allgemeinen christlichen Kirche und gehört mit den übrigen evangelischen Kirchen zum Schweizerischen evangelischen Kirchenbund. Angehörige der evangelisch-reformierten Landeskirche sind alle Einwohner des Kantons Bern evangelischer Konfession, welche die in der kirchlichen Ordnung aufgestellten kirchlichen Erfordernisse erfüllen. Dabei ist die Freiheit der Lehrmeinung auf reformierter Grundlage zu wahren.“

Nach Erläuterung dieses Gesetzesartikels fuhr er fort:

„Es ist erwiesen, mündlich und schriftlich, daß gewisse Vertreter der dialektischen Theologie, und zwar die extremen Dialektiker, Ansprüche erheben, die in die Richtung gehen, allein darüber zu entscheiden, was in der evangelisch-reformierten Kirche gelten soll. Diese extreme Richtung gerät sozusagen zwangsläufig in Konflikt mit dem Staat, und der Staat würde seine Pflicht nicht erfüllen, wenn er sich diesen Tendenzen nicht widersetzen würde. Der Wille des bernischen Kirchengesetzes ist klar, und er allein ist maßgebend, und nicht irgendeine subjektive Auffassung des Kirchendirektors über die Kirchenpolitik, die der Staat zu betreiben hat. Und von dieser klaren gesetzlichen Grundlage aus müßte sich die Regierung auch in Zukunft jedem Versuch widersetzen, innerhalb der evangelisch-reformierten Landeskirche von einer Richtung aus ausschließliche Herrschafts- und Machtanprüche durchzusetzen.“

Aus den zitierten Äußerungen von Regierungsrat Dr. Feldmann ist ersichtlich, daß es im Großen Rat nicht um eine Anebelung der Kirche ging, sondern einmal mehr um eine notwendige Klärung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat.

Emmentaler Nachrichten, 1950
 5. Okt. 1950

KGA 45177

Zur Kirchendebatte im Großen Rat

Das im Großen Rat angeschlagene Thema ist so weitläufig, daß wir noch einmal darauf zurückkommen müssen. Ueberdies sind inzwischen Tatsachen bekannt geworden, welche Richtigstellungen nötig machen.

1. Es ist festzustellen, daß Großrat Studer nach dem jetzt genau festgelegten Wortlaut seines Votums von der eisernen Hand gesprochen hat, die der Staat über der Kirche halten müsse. Wenn Großrat Studer immerhin nicht, wie unsere erste Information lautete, seine Hand über der Kirche zur Faust geballt hat, so haben wir am authentischen Wortlaut seiner Äußerung gerade genug. Und wenn er diesen Wortlaut nach der redaktionellen Mitteilung in Nr. 112 der „Emmentaler Nachrichten“ hinterdrein abschwächen will, so zeigt das nur, wie unverantwortlich im Großen Rat über so Ernstes wie die Kirche Jesu Christi dahergeredet wird. Wir stellen nachdrücklich fest, daß nach dem geltenden Kirchengesetz die reformierte Kirche in ihrer Wortverkündung und in ihrer Lehre vom Staate unabhängig ist.

Das bedeutet nun gewiß nicht, daß die Kirche ihr öffentliches Wort nicht ruhig der öffentlichen Kritik unterstellt. Wenn ihre Pfarrer deutlich sagen, was sie auf Grund der Heiligen Schrift auszusprechen sich für verpflichtet halten, so müssen sie natürlich in Kauf nehmen, daß das nicht jedermann paßt. Es ist geradezu das Kennzeichen der echten biblischen Predigt, daß sie Anstoß erweckt. „Wehe euch, wenn euch jedermann wohl redet!“ (Luk. 6, 26.) Die Redaktion der „Emmentaler Nachrichten“ hat mit Recht geschrieben, die Pfarrer könnten das füglich ohne Zimperlichkeit ertragen. Das tun sie auch — und dem Kirchenspruch im Münster haben die Debatten im Großen Rat auch keineswegs geschadet.

Was uns aber mit Besorgnis erfüllt, ist der Eindruck, es gehe nicht so sehr um Kritik, als vielmehr um massive Druckversuche zur Mundtotmachung des evangelischen Wortes. Anders kann man sich den Ausdruck von der „eisernen Hand“ nicht erklären. Mit der „eisernen Hand“ pflegt man weder zu diskutieren noch zu kritisieren, wohl aber zu unterdrücken und zu vergewaltigen. Eine solche Sprache gehört sich einfach nicht in der Demokratie.

Der Liberalismus ist etwas Schönes; er muß in der heutigen Welt wieder mächtig zur Geltung kommen, das ist auch unsere Meinung. Aber echter Liberalismus hat immer seine Ehre darin gesucht, die freie Meinungsäußerung des Gegners gelten zu lassen. Und diesen Liberalismus suchten wir in jener Großratsdebatte vergeblich. Wir würden nichts sagen, wenn es in der Tat in der bernischen Pfarrerschaft tabuartige Verfechter des volksdemokratischen Systems gäbe. Es gibt keinen einzigen! Und wenn es tatsächlich dazu kommen sollte, daß die Russen ihre Pferde am Bodensee tränken, so möchten wir erst noch sehen, wer dann zur Vorhut und zur Zurückhaltung raten würde, wer dann nach der Zensur rief und Anstoß suchte! Wir haben die Erfahrungen aus der Hitlerzeit noch nicht vergessen. Der heutige Kirchendirektor hat als Redaktor in jener Zeit zusammen mit Professor Barth eine vorbildliche Haltung des unbedingten Widerstandes gezeigt — es könnte sein, daß er eines Tages über die Kirche noch froh sein wird. Weil wir durch das Wort der Bibel verpflichtet sind, können wir unsere Ansichten nicht von heute auf morgen umstellen und anpassen.

2. Besorgnis erweckt die grobkrätliche Debatte auch darin, weil sie den Eindruck aufkommen ließ, als ob der Staat die eine der theologischen Richtungen — die freisinnige nämlich — auf Kosten der an der Bibel orientierten Richtung bevorzuge. Den Dank der freisinnigen Richtung haben jedenfalls die grobkrätlichen Redner prompt bekommen; man vergleiche den Bericht über die Tagung des „Bereins für freies Christentum“ („Bund“ Nr. 450 vom 2. Oktober 1950).

Der Versuch, eine Staatstheologie zu schaffen und dadurch die freie Predigt des Evangeliums zu beseitigen, ist bereits mehrmals unternommen worden. So wollte Hitler mit Hilfe der (theologisch zumeist freisinnigen) „Deutschen Christen“ die evangelische Kirche seinem Regime gleichschalten. Ähnliche Versuche wurden in den Zwanzigerjahren in Rußland mit einer regimetreuen „Roten Kirche“ angestellt. Wir behaupten nun gewiß nicht, daß es bei uns gleich auf derartige Zerstörung der Kirche abgesehen sei. Aber es läßt sich nach der fatalen Grobkrättsführung doch nicht mehr bestreiten, daß vor den staatlichen Organen die eine Richtung sehr gut, die andere sehr schlecht wegkommt, und es erweckt ganz einfach Heiterkeit, wenn ausgerechnet diejenige Richtung des Monopolstrebens, ja der Diktatur beschuldigt wird, die überall den Kürzern zieht und die staatliche Ungnade immer wieder zu spüren bekommt. Wir erinnern uns bloß an die Diskussionen um das Seminar Muristalben.

Das ganze Richtungswesen ist für die Kirche ein großer Schaden und hat ihr viele treue, christgläubige Menschen entfremdet.

3. Grobkrät Studer hat im Großen Rat behauptet, Prof. Barth habe gesagt, er fühle sich hinter dem Eisernen Vorhang so wohl wie hinter dem Goldenen. Der Ausdruck war irgendwie in meinem Gedächtnis lebendig, und so habe ich in meinem letzten Artikel angenommen, er sei authentisch. Nun

schreibt mir aber Prof. Barth, er habe ihn nie geäußert und lasse sich dafür nicht haftbar machen. Von dieser Richtigstellung muß Kenntnis genommen werden — tatsächlich besteht ja die ganze Schuld Prof. Barths darin, daß er die Kirche so wohl gegenüber dem Westen wie gegenüber dem Osten zur Distanz aufruft. Es ist ja ohnehin schon jedermann gegen den Osten — was braucht es da noch eine besondere Kreuzzugspredigt? Es läßt sich im ganzen Vortrag Barths über die Kirche zwischen Ost und West nichts, aber auch gar nichts Rassenfreundliches herauslesen, als allenfalls die kurze Stelle, wo er sagt, daß Stalin ein ganz anderes persönliches Format habe als Hitler und seine Spiegelgesellen. Hier die kleine, dort die große Schurkerei — ist das nicht wahr?

Es ist etwas tief Bedauerliches, daß ein Mann wie Karl Barth jahrzehntelang um die tiefsten Dinge des Glaubens ringt und mit ganzem persönlichem Einsatz für die christliche Kirche kämpft, daß er mit unerhörter gedanklicher Kraft die Grundlagen des christlichen Glaubens aus tiefer Verschüttung wieder freilegt, und daß dann der ganze Dank seiner Heimat darin besteht, daß man ihn jahraus jahrein in unserer Presse herabwürdigt und verständnislos angreift, um ihn schließlich im bernischen Großen Rat als Menichen hinzustellen, der gar noch mit der Volksdemokratie sympathisiere? Derselbe Karl Barth hat eine sehr tiefgründige Schrift über die Christengemeinde und die Bürgergemeinde geschrieben, worin er die innere Verwandtschaft der evangelischen Botschaft mit der demokratischen Staatsform auf Grund der Bibel nachweist! Heute sollen alle seine Verdienste um Land und Kirche nichts gelten — „macht nichts, der Jude wird verbrannt!“ Es ist ein menschlich tief bemühendes Schauspiel.

5. Diese zweite Erwiderung des H. W. geht über die eigentliche Diskussion der „Emmentaler Nachrichten“ hinaus, die sich mit der umstrittenen Predigt von Pfarrer Lüthi befaßte und in der von redaktioneller Seite der Standpunkt vertreten wurde, daß die Öffentlichkeit und die Behörden ein Recht besitzen, zu politischen Äußerungen von Pfarrherren Stellung zu nehmen. H. W. äußert sich nun in seinem neuesten Beitrag zur Kirchendiskussion im Großen Rat überhaupt und brandmarkt, daß der Staat die Kirche unter massiven Druck setzen und das evangelische Wort mundtot machen wolle. Unserer Ansicht nach verkennt H. W. entschieden den Sinn der grobkrätlichen Debatte, die lediglich Ueberbordungen rügte und gewisse unerfreuliche richtungspolitische Erscheinungen kritisierte. Daß dem so ist, geht deutlich aus dem Votum des Kirchendirektors Dr. Feldmann, welches er im Großen Rat gehalten hat, hervor. Er bemerkte unter anderem zur Kritik von Pfarrer Lüthi an der Vorratshaltung wörtlich folgendes:

„Man wird mit der Zeit nicht darum herumkommen, auf derartige Äußerungen in aller Öffentlichkeit zu reagieren. Schließlich gilt das bekannte Wort, Demokratie sei Diskussion, ja nicht nur für unsere Geistlichen, wenn sie auf der Kanzel ihre Auffassungen bekanntgeben, sondern auch für diejenigen, die nicht mit allem einverstanden sind, was gelegentlich von einer Kanzel namentlich in politischen Fragen verkündet wird. Für heute möchte ich vom Regierungstisch aus nur feststellen, daß Äußerungen, wie ich sie hier als Beispiel — es ist nicht das einzige — zitiert habe, nicht geeignet sein können, die Stellung unserer Landeskirche zu unserem Volke zu festigen. Sie können aber auch die Aufgabe nicht erleichtern, die Beziehungen zwischen Kirche und Staat möglichst positiv zu gestalten. Jedenfalls ist diese Art der Behandlung staatlicher Fragen sicher nicht gerade das, was man in der heutigen Zeit von einem Wortführer der Landeskirche im Berner Münster erwarten darf.“

Auf der andern Seite ist die Behauptung wohl ebenfalls nicht zutreffend, die Regierung bevorzuge eine theologische Richtung auf Kosten einer andern. Dr. Feldmann führte nämlich im Zusammenhang mit dem Richtungsstreit innerhalb der evangelischen Kirche wörtlich aus:

„Man hat die dialektische Theologie umschrieben als sogenannte Offenbarungstheologie, die weitgehend auf einer autoritativen Auslegung des biblischen Wortes aufgebaut ist. Demgegenüber steht die liberale Theologie, die auch der Bibel gegenüber das Recht auf freie Kritik, Untersuchung und Meinung haben will.“

Das sind die beiden heute prinzipiell wichtigen Gegenätze, und man spürt gut, daß sich in diesen Gegenätzen eben auch politische Auswirkungen abzeichnen. Man kann die theologischen Richtungs- und Meinungsverschiedenheiten vom Staat aus auf sich beruhen lassen; es ist durchaus verständlich, daß auch die theologische Wissenschaft sich nicht auf eine Formel bringen läßt, so wenig wie beispielsweise etwa die juristische oder die medizinische Wissenschaft. Vom Staat aus gesehen, und zwar von unserem freiheitlichen, demokratischen Staat aus gesehen, werden nun die theologischen Gegensätze dann von grundsätzlich wichtiger Bedeutung, wenn eine Richtung dazu übergeht, den andern Richtungen

ihren Willen aufzuzwingen, autoritär das Monopol, das alleinige Recht für sich in Anspruch zu nehmen, zu erklären: Das ist reformierte Theologie, das ist Christentum, das ist Religion; dieser gehört in die Kirche, jener gehört nicht zu ihr. In dem Moment, da eine Richtung diesen Anspruch, einen Macht- und Herrschaftsanspruch, erhebt, gerät sie in Widerspruch zum bernischen Kirchenrecht, und zwar zu Art. 60 des Kirchengesetzes, der folgendermaßen lautet: „Die evangelisch-reformierte Landeskirche bekennt sich nach ihrer kirchlichen Ordnung zum Evangelium Jesu Christi gemäß den Grundätzen der Reformation. Sie ist ein Glied der allgemeinen christlichen Kirche und gehört mit den übrigen evangelischen Kirchen zum Schweizerischen evangelischen Kirchenbund. Angehörige der evangelisch-reformierten Landeskirche sind alle Einwohner des Kantons Bern evangelischer Konfession, welche die in der kirchlichen Ordnung aufgestellten kirchlichen Erfordernisse erfüllen. Dabei ist die Freiheit der Lehrmeinung auf reformierter Grundlage zu wahren.“

Nach Erläuterung dieses Gesetzesartikels fuhr er fort:

„Es ist erwiesen, mündlich und schriftlich, daß gewisse Vertreter der dialektischen Theologie, und zwar die extremen Dialektiker, Ansprüche erheben, die in die Richtung gehen, allein darüber zu entscheiden, was in der evangelisch-reformierten Kirche gelten soll. Diese extreme Richtung gerät sozusagen zwangsläufig in Konflikt mit dem Staat, und der Staat würde seine Pflicht nicht erfüllen, wenn er sich diesen Tendenzen nicht widersetzen würde. Der Wille des bernischen Kirchengesetzes ist klar, und er allein ist maßgebend, und nicht irgendeine subjektive Auffassung des Kirchendirektors über die Kirchenpolitik, die der Staat zu betreiben hat. Und von dieser klaren gesetzlichen Grundlage aus müßte sich die Regierung auch in Zukunft jedem Versuch widersetzen, innerhalb der evangelisch-reformierten Landeskirche von einer Richtung aus ausschließliche Herrschaftsansprüche durchzusetzen.“

Aus den zitierten Äußerungen von Regierungsrat Dr. Feldmann ist ersichtlich, daß es im Großen Rat nicht um eine Knebelung der Kirche ging, sondern einmal mehr um eine notwendige Klärung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat.